

Informationsdienst des CGB

INTERN

Ausgabe September/Oktober 2019

Der Bundesvorsitzende hat das Wort

Trotz vieler Verbesserungen immer noch überdurchschnittlich viele Überstunden – große Herausforderung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf!

Immer noch liegen die von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geleisteten Mehr- und Überstunden weit über dem europäischen Durchschnitt. Und das mit nach wie vor stetig steigender Tendenz und obwohl die Wirtschaft schwächelt. Rein volkswirtschaftlich betrachtet, ist diese Entwicklung nicht nur negativ zu bewerten, denn sie zeigt auch eine jedenfalls noch gesunde wirtschaftliche Entwicklung, von der auch die Beschäftigten durchaus profitieren.

Die nicht zu leugnenden Nachteile dieser Entwicklung liegen in den wachsenden Problemen der Beschäftigten, Familie und Beruf zu verbinden, insbesondere wenn es um familieninterne Pflege naher Angehöriger oder die Kinderbetreuung geht. Diese zunehmende Belastung zeigt sich nach wie vor in der hohen Erkrankungsquote, die mit der starken Doppelbelastung, von denen immer noch Frauen häufiger betroffen sind, einhergehen.

Der konjunkturelle Aufschwung der vergangenen Jahre führte nicht nur zu vollen Auftragsbüchern, sondern war auch der wesentliche Grund für die angestiegene Arbeitszeit durch die Zunahme der Mehr- und Überstunden der Arbeitnehmer. Auch das Fehlen von Fachkräften verursacht in vielen Bereichen Mehrarbeit und damit Überstunden. Demgegenüber blieb die Zahl der Neueinstellungen zurück. Das Verhältnis zwischen Mehrarbeit und Neueinstellungen ist nach Beurteilung des CGB im Jahr 2019 noch ungünstiger geworden.

Dies ist ein deutliches Alarmsignal: Die Konjunktur ist trotz Schwächen immer noch gut, und dennoch zögern die Arbeitgeber vor Neueinstellungen von Arbeitskräften. Stattdessen setzen Arbeitgeber auf Leih- und Zeitarbeit oder verlangen von den Belegschaften bezahlte und mehr noch unbezahlte Überstunden.

Es ist unsere gesellschaftliche und gewerkschaftliche Aufgabe dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Wir müssen darauf drängen, dass nicht die Zahl von Überstunden ansteigt, sondern dass mehr Menschen eine sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung erhalten. Wann, wenn nicht in insgesamt konjunkturell günstigen Zeiten, können wir die Arbeitslosigkeit sonst abbauen?

Adalbert Ewen
CGB-Bundesvorsitzender

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Adalbert Ewen'.

Adalbert Ewen
Bundesvorsitzender

Aktuelles Thema



CHRISTLICHER GEWERKSCHAFTSBUND DEUTSCHLANDS

CGB-Position zum weltweiten Klimastreiktag der Fridays for Future-Bewegung: Klimaschutz ja – aber keine überzogenen Forderungen zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!

Der CGB steht zum Schutz der Natur und der Artenvielfalt und unterstützt die Bemühungen um die Eindämmung des menschenverursachten Anstiegs des Weltklimas. Der CGB unterstützt daher das Anliegen der Fridays for Future-Bewegung, die Politik wachzurütteln, damit sie den Umwelt- und Klimaschutz entschiedener als bisher mit gesetzlichen Maßnahmen voranbringt.

Der CGB warnt aber vor übertriebenem und überzogenem Aktionismus zu Lasten des Industriestandortes Deutschlands und damit auch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer! Das gilt vor allem hinsichtlich der Forderungen der Fridays for Future-Bewegung nach Streichung der Subventionen für fossile Energieträger und der Abschaltung eines Viertels der Kohlekraftwerke bis Jahresende sowie für einen beschleunigten Komplettausstieg bis 2030.



Eine Streichung der Subventionen für fossile Energieträger bis Jahresende würde eine plötzliche Verteuerung des Dieselmotors um 18 Cent pro Liter bedeuten! Ein solch rasanter Anstieg würde ein Drittel der Autofahrer in Deutschland und viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern treffen, die zu ihrer Arbeit oft 100 Kilometer oder mehr hin- und zurückpendeln müssen! Ohne Kompensationszahlungen würden diese Menschen finanziell belastet werden – sie hätten weniger Geld für ihren täglichen Lebensunterhalt!

Eine solche Forderung würde eine deutsche Schlüsselindustrie betreffen, an der mehrere hunderttausend Arbeitsplätze hängen! Dahinter stecken menschliche Existenzen, die nicht durch überzogene Klimaschutzforderungen gefährdet werden dürfen!

Eine Subventionsstreichung von fossilen Energieträgern darf nicht von einem Monat auf den anderen erfolgen, sondern kann nur Ergebnis eines Diskussionsprozesses sein, der die Fragen in den Mittelpunkt stellen muss, wie die Zukunft von Deutschlands Schlüsselindustrie langfristig gesichert werden kann und wie die finanziellen Belastungen für die Pendler abgedeckt werden können. Der CGB spricht sich für einen zügigen, aber sach- und zielorientierten Diskussionsprozess aus!

Eine Abschaltung eines Viertels der Kohlekraftwerke bis Jahresende würde die Energieversorgungssicherheit in Deutschland akut gefährden! Grundlage für einen Komplettausstieg bis 2030 und einer emissionsneutralen Energiegewinnung bis 2035 muss ein belastbares Alternativkonzept sein, das die Energieversorgungssicherheit Deutschlands ab dem Jahr 2030 gewährleistet.

Ohne Energieversorgungssicherheit wird der gesamte Industriestandort Deutschlands gefährdet und nicht nur die Existenz der Arbeitsplätze in der Autoindustrie, sondern in der gesamten deutschen Industrie aufs Spiel gesetzt! Das ist in höchstem Maße unverantwortlich gefährlich!

Die Gelbwestenproteste in Frankreich haben deutlich gemacht, wohin übertriebene politische Vorhaben und Aktionen führen können – nämlich in ein Chaos, das das staatliche Gewaltmonopol und damit die rechtliche Sicherheit, das Eigentum und die körperliche Unversehrtheit der Bürger in höchstem Maße strapaziert. Soweit darf es in Deutschland nicht kommen!

Der CGB fordert die Fridays for Future-Bewegung auf, in ihren Aktionen und Forderungen auch die Belange der Menschen zu berücksichtigen, die von Arbeit leben müssen und deren Arbeit notwendig ist, um die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands zu sichern!

Liebe Fridays for Future-Aktivist: Bedenkt, dass das beste Smartphone und die besten Ideen für die Social-Media-Verbreitung Eurer Ideen nichts nützen, wenn mangels Versorgungssicherheit und eines damit verbundenen Zusammenbruchs der Energieversorgung kein Strom zum Betrieb Eurer Smartphones und Laptops vorhanden ist!

Der CGB fordert die Politik auf, nicht in hektischen Klimaaktivismus zu verfallen, sondern auch die Belange der arbeitenden Bevölkerung und des Industriestandortes Deutschlands zu bedenken! Der CGB fordert alle Akteure auf, nicht den eigenen Standpunkt so hoch zu halten, dass ein Austausch gegenseitiger Meinungen unmöglich wird. Kommunikation und Diskussion statt Konfrontation!

Stellungnahme CGB im September 2019

* * * *

Aus den Gewerkschaften

CGM kommentiert zum tödlichen Angriff auf einen Achtjährigen im Frankfurter Hauptbahnhof: „Kein Platz für Vorverurteilungen, rechte Hetze und opportunistischen Missbrauch in unserer Gewerkschaft“



Nicht akzeptables Verhalten von Menschen mit Migrationshintergrund und schwere Straftaten haben in den

letzten Tagen und Wochen für öffentliche Empörung gesorgt. Nach Auffassung von Adalbert Ewen, Bundesvorsitzender der Christlichen Gewerkschaft Metall (CGM), dürfen schlimme Einzelfälle nicht (wieder) den politischen Diskurs zum Aufenthalts- und Bleiberecht in diesem Lande bestimmen.

Adalbert Ewen, Bundesvorsitzender der Christlichen Gewerkschaft Metall, kommentiert: „Die CGM tritt strikt für das Rechtsstaatsprinzip des Grundgesetzes ein. Gesetz und Ordnung gelten für alle, für deutsche, für ausländische Mitbürger und die staatliche Gewalt, die über ihre Einhaltung wacht. Unsere Gewerkschaft setzt sich aber besonders für die Menschenwürde des einzelnen Individuums ein. Das schließt Vorverurteilungen, rechte Hetze und opportunistischen Missbrauch gesellschaftlicher Vorkommnisse aus.“

PM CGM im Juli/August 2019

* * * *

DHV: Rettung nicht nur für Condor, sondern auch für Thomas Cook Deutschland



Die Berufsgewerkschaft DHV hat mit großer Bestürzung die Insolvenz des britischen Touristikkonzerns Thomas Cook und nun auch der deutschen Unternehmenstochter, der Thomas Cook GmbH, aufgenommen. Sie hat den Bundeswirtschaftsminister in einem Schreiben aufgefordert, der deutschen Thomas Cook GmbH und der Condor Luftdienste GmbH Finanzhilfen zu gewähren.

Die DHV begrüßt die vom Bund und vom Land Hessen zugesagten Finanzhilfen in Höhe von 380 Mio. € für die Condor Luftdienste GmbH. Mit den Finanzhilfen werden nicht nur der Flugbetrieb kurzfristig gesichert, sondern dem Unternehmen eine Existenzperspektive ermöglicht. Für die Beschäftigten von Condor ist dies eine gute Nachricht. Denn damit sind ihre Arbeitsplätze vorerst gesichert.

Eine zweite Pleite wie bei Air Berlin bleibt Deutschland vorerst erspart. Die Folgen wären eine erhebliche Reduzierung des Flugangebots und eine deutliche Verteuerung der Ticketpreise im Bereich des Pauschalismus gewesen. Die Zusage der Finanzhilfen für die Condor Luftdienste GmbH ist aber nur ein Teil des notwendigen Rettungspakets. Die DHV erhält ihre Forderung nach Finanzhilfen auch für die deutsche Thomas Cook GmbH weiterhin aufrecht. Denn im Gegensatz zum britischen Mutterkonzern war die deutsche Unternehmenstochter in den vergangenen Jahren profitabel und erwirtschaftete Gewinne, die sie allerdings an den britischen Mutterkonzern abführen musste. Dort verschwanden diese im immensen Schuldenberg. Die Insolvenz der deutschen Thomas Cook GmbH eröffnet nun die Chance einer Sanierung und einer Weiterführung als eigenständiges Unternehmen. Die Chancen auf Erfolg sind nach Einschätzung der DHV gegeben.

Mit einer mit Hilfe von staatlicher Unterstützung zu erfolgender Sanierung der deutschen Thomas Cook GmbH würden rund 2.100 Arbeitsplätze gesichert. Ein schwerer Schaden für den Wirtschaftsstandort Oberursel, wo sich die Zentrale des Unternehmens befindet, wäre vorerst abgewendet.

Für die Condor Luftdienste GmbH wäre die langfristige Sicherung der Thomas Cook GmbH ebenfalls wichtig, denn die hat bislang in erheblichem Maße zu einer guten Auslastung beigetragen. Für die Condor würde es schwer werden, den dauerhaften Wegfall der durch die Thomas Cook GmbH erbrachten Flugauslastung anderweitig zu kompensieren.

PM DHV im Oktober 2019



CHRISTLICHER GEWERKSCHAFTSBUND DEUTSCHLANDS

* * * *

Festakt zum 60-jährigen Jubiläum der Gründung des Christlichen Gewerkschaftsbunds Deutschlands

60 Jahre CGB – Der Freiheit und Vielfalt verpflichtet!



Der Christliche Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB) feiert in diesem Jahr sein 60 jähriges Bestehen nach dem Ende des zweiten Weltkriegs. Am 27. Juni 1959 wurde der Christliche Gewerkschaftsbund in Mainz offiziell wiedergegründet.

Die Wiedergründung des Christlichen Gewerkschaftsbundes wäre ohne die bereits viel früher erfolgte Wiedergründung christlicher Gewerkschaften im Saarland nicht möglich gewesen. Das Saarland – nach 1945 ein autonomes staatliches Gebilde unter französischer Verwaltung – ließ im Gegensatz zu den anderen Besatzungszonen von Anfang an die Gründung konkurrierender Richtungsgewerkschaften zu. Infolge dessen gründeten sich bereits im Jahr 1946 die ersten christlichen Gewerkschaften neu und etablierten sich bis heute als fester Bestandteil der Arbeitnehmervertretungen.

Um diese geschichtliche Entwicklung zu würdigen, beabsichtigt der CGB den 60sten Jahrestag der Wiedergründung des Christlichen Gewerkschaftsbundes mit einem Festakt in der Landesvertretung des Landes

Rheinland-Pfalz in Berlin zu begehen. In der Tradition der historischen Entwicklung der christlichen Gewerkschaften ist es mehr als angemessen, den Festakt in der Landesvertretung zu begehen, in deren Bundesland die gewerkschaftliche Arbeit christlicher Gewerkschaften überhaupt erst möglich wurde.

Der CGB begeht dieses Jubiläum mit einem Festakt am

12. November 2019

in der

Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz in Berlin

In den Ministergärten 6, 10117 Berlin

Info CGB im September 2019

* * * *

GÖD: Tarifabschluss in der Sicherheitswirtschaft Sachsen



Die Gewerkschaft GÖD und die Landesgruppe Sachsen des Arbeitgeberverbandes BDSW einigten sich auf Lohnsteigerungen für Beschäftigte und Auszubildende ab dem 1. Januar 2020. Darüber hinaus wird auch der Urlaub für langjährig Beschäftigte angehoben. Für die einzelnen Lohngruppen wird es bei einer Laufzeit von drei Jahren Steigerungen zwischen 7,19 und 25,5 Prozent geben.

Ab Januar 2020 erhöht sich beispielsweise der Lohn für Sicherheitsmitarbeiter/innen in der untersten Lohngruppe um 5 % auf 10,50 Euro je Stunde. Bis Januar 2022 steigt der Stundenlohn auf 11,15 Euro an. Dies bedeutet für die Laufzeit eine Erhöhung von 11,5 %. Für Sicherheitskräfte im Einzelhandel, Shopguards sowie Mitarbeiter/innen im mobilen Streifendienst und Fahrgastkontrolleure im ÖPV wurde eine neue Entgeltgruppe mit einem um 19 % erhöhten Stundenlohn von 11,90 Euro eingeführt, der bis 2022 auf 12,55 € steigt. Dies bedeutet für diesen Bereich eine Erhöhung von um insgesamt 25,5 %. Bei den Zuschlägen konnte erreicht werden, dass bei Mehrarbeit für jede über der 228. Stunde geleisteten Arbeit ein Mehrarbeitszuschlag gezahlt werden muss.



„Erklärtes Ziel war, die Nachtzuschläge anzuheben. Mit der Verdoppelung von 5 auf 10 Prozent ab 2021 konnten wir ein Etappenziel erreichen, welches sich sehen lassen kann“, erklärt der für Sachsen zuständige Tarifbeauftragte Manfred Loitsch. Langjährig Beschäftigte bekommen nach 10 und nach 15 Jahren im Unternehmen jeweils 2 Urlaubstage mehr. Auch die Leistung von Wach- und Schichtführern wird künftig mit mehr Geld gewürdigt. Die Zulagen für Waffenträger sind im Tarifvertrag klarer geregelt, so dass die

entsprechenden Ansprüche auch zur Auszahlung kommen können. Auch die Auszubildenden partizipieren von dem Tarifabschluss mit einer Erhöhung von 19,25 bis 25 % über die gesamte Laufzeit. Pro Ausbildungsjahr bekommen sie jeweils zum 1. Januar eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 50,- Euro.

„Für die GÖD war es wichtig, zum einen die untersten Einkommen auf ein vernünftiges Maß zu bekommen, ohne Arbeitsplätze zu gefährden sowie bei Mehrarbeits- und Nachtzuschlag Verbesserungen zu erreichen“, so der Bundesvorsitzende und Verhandlungsführer der GÖD, Raymund Kandler. „Das ist uns mit diesem Abschluss eindrucksvoll gelungen“, so Kandler abschließend.

PM GÖD im Oktober 2019

* * * *



CGB NRW im Gespräch mit der FDP Landtagsfraktion

Zu einem ersten Gespräch mit Meinungsaustausch trafen sich der CGB Landesvorsitzender NRW Ulrich Bösl und DHV Gewerkschaftssekretär Harm Wellmann mit dem Arbeits- und Sozialpolitischen Sprecher der FDP-Landtagsfraktion NRW Stefan Lenzen, MdL und dem zuständigen Fachreferenten Thomas Franzkewitsch. Wegen des positiven informativen Gedankenaustauschs wurde ein regelmäßiger Meinungsaustausch vereinbart.



Linke Seite: Harm Wellmann (vorne), Ulrich Bösl (hinten); rechte Seite: Stefan Lenzen (vorne), Thomas Lenzen (hinten)

Wegen des positiven informativen Gedankenaustauschs wurde ein regelmäßiger Meinungsaustausch vereinbart.

PM CGB NRW im Juli 2019

Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin

Telefon: 030/21 02 17-30

Fax: 030/21 02 17-40

E-Mail: cgb.bund@cgb.info

Internet: www.cgb.info

ViSdP: Christian Hertzog, Anne Kiesow

Redaktion: Anne Kiesow, Christian Hertzog

Layout: Michaela Bahner

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.

